

EUGENIE TRÜTZSCHLER

Ausgediente Helden

Politische Integration und Partizipation ehemaliger Dissidenten und Bürgerrechtler im deutsch-tschechischen Vergleich

[ergänzte und aktualisierte Fassung des gleichnamigen Beitrages in: Weigl, Michael (Hrsg.): Folgenlose Nachbarschaft? Spuren der DDR-Außenpolitik in den deutsch-tschechischen Beziehungen, Münster u.a. 2006, S. 85-102]

Einführung

In repräsentativen Demokratien werden durch freie Wahlen die Personen bestimmt, die in legitimer Weise politische Entscheidungen treffen sollen. Von der normativen Repräsentationstheorie und der damit verbundenen Forschung wird immer wieder die Forderung erhoben, dass die Vertretungskörperschaften in ihrer sozialen Zusammensetzung ein Spiegelbild der Bevölkerung darzustellen haben. Dabei wird von der These ausgegangen, dass die soziale Stellung Interessen prädisponiert und dementsprechend der Volkswille in seiner Vielfalt nur dann zum Ausdruck kommen kann, wenn auch die soziale Interessendifferenzierung der Parlamente der der Bevölkerung entspricht. Diese Erwartung hat sich in der westeuropäischen bzw. nicht sozialistischen Forschung als wenig realitätsnah gezeigt: In den westlichen Demokratien ist auffallend die Rekrutierung des politischen Personals durch die politischen Parteien nach Kriterien, die sich nicht an sozialen, sondern an Merkmalen der politischen Kompetenz orientieren. Forschungsergebnisse zeigen, dass sich Politik als ein eigenes System mit einer eigenen Funktionslogik ausdifferenziert hat¹. Max Webers Theorie von der Politik als Beruf findet sich in den Ergebnissen bestätigt.

Die Zunahme von Akademikern und politiknahen Berufsgruppen in den Parlamenten wird auch durch die Verstetigung politischer Karrieren sichtbar. Das politische System und die politischen Parteien haben ein eigenes Ausbildungssystem für die Politik entwickelt, in dem die Professionalisierung des politischen Personals angestrebt wird. Politische Karrieren von der ersten Kandidatur bis zum ersten Parlamentssitz verlaufen häufig über Zeiträume, die ein Jahrzehnt übersteigen. Voraussetzung ist Abkömmlichkeit, die Politiknähe der Berufe sowie der Erwerb von Partei-Qualifikationen auf verschiedenen Ebenen der

¹ Abschlussbericht des Wissenschaftszentrums Berlin, S. 30.

Partei und in der Politik. Neben der Professionalisierung der Politik geht mit den Sozialisationsprozessen eine hohe Verpflichtungsfähigkeit der Parteien dem Personal gegenüber einher. Dadurch wird kollektive politische Repräsentanz garantiert. In dieser Situation ist die soziale Herkunft politischer Repräsentanten nur noch von geringer Bedeutung. Das Geschlecht spielt nach wie vor wegen der mangelnden bzw. eingeschränkten Abkömmlichkeit der Frauen als Mutter eine große Rolle.² Alle diese Faktoren galten auch für die sozialistischen Staaten. Auch sie gaben an, eine repräsentative Demokratie zu praktizieren, obwohl in ihnen im Geiste des Marxismus-Leninismus der Primat der Partei und damit die Parteizugehörigkeit des Einzelnen für seine politische Karriere und damit auch für seine gesellschaftliche Stellung ausschlaggebend waren. Die Praxis der Rekrutierung aus den eigenen Parteireihen wurde mit einer Perfektion betrieben, die den Parteien in den westlichen Demokratien in nichts nachstand. Zwar wurde nach außen hin vom Bauern- und Arbeiterstaat gesprochen, aber die Führungspositionen wurden im Wesentlichen aus den Reihen der linken Intellektuellen besetzt, die sich bereits als politisch zuverlässig und dadurch kompetent qualifiziert haben.³ In den Führungspositionen und Parlamenten waren Frauen genauso wenig vertreten wie in den westlichen Demokratien.⁴

Ausgehend davon, dass sowohl in der Deutschen Demokratischen Republik als auch in der Tschechoslowakei die politische Elite aus den Reihen der Kommunisten rekrutiert wurde, es sich also um Menschen gehandelt hat, die einen ähnlichen bzw. identischen politischen Hintergrund hatten, ist zu untersuchen, inwieweit man das Wirken dieser Eliten, unabhängig von nationaler Identität im politisch-gesellschaftlichen Kontext der Zeitgeschichte betrachten kann. Im Herbst 1989 überliessen diese Eliten kampflos die politische und gesellschaftliche Gestaltung ihrer Staaten - der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakei

² Trützschler, Gender-Mainstreaming, S. 168.

³ Bei der Betrachtung der Tschechoslowakischen Regierung seit 1945 fällt dies auf. Schon unmittelbar nach Kriegsende besetzten die Kommunisten mit Klement Gottwald (stellvertretender Ministerpräsident) und Václav Nosek (Innenminister) wichtige Schlüsselressorts. Dass es den Moskau treuen Kommunisten gelang, den zur Londoner Exilregierung gehörenden Zdenek Fierlinger als Ministerpräsidenten zu „installieren“, ist als besonderer gelungener Schachzug zu werten. Fierlinger zeigte sich erkenntlich, indem er dem Staatsstreich vom Februar 1948 sowie dem Zusammenschluss seiner Sozialdemokratischen Partei mit den Kommunisten zustimmte. Fierlinger blieb bis 1953 im Kabinett und amtierte dann bis 1964 als Präsident der Nationalversammlung. Fierlinger, Zdeněk (1891-1976) Während des I. Weltkrieges tritt er in Russland den Tschechoslowakischen Legion bei, nach seiner Rückkehr wird er 1919 Diplomat, seit 1924 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, ab 1937 Botschafter in Moskau, Vertrauter von Klement Gottwald, zwischen 1945-1947 Vorsitzender der Sozialdemokraten, ab April 1945 erster Ministerpräsident der Tschechoslowakischen Regierung. Siehe: Tomeš, J: Kdo byl kdo v. čs. socialistní demokracii (Wer war was in der Sozialdemokratie), Praha 1991.

⁴ Grimm/Meier, Stellung.

- politisch unerfahrenen Menschen, die wiederum unabhängig von nationaler Identität ähnliche Ziele verfolgten. Mehr als 15 Jahre nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Staatensystems soll der Frage nachgegangen werden, ob und inwieweit die Akteure der friedlichen Revolution im Jahre 1989 in Deutschland und Tschechien im demokratischen politischen System des 21. Jahrhunderts noch eine politische Funktion ausüben bzw. weiterhin einen Einfluss in der Bevölkerung als Multiplikatoren haben.

1. Politische und gesellschaftliche Eliten im Spiegel der Zeit

Um die politische Entwicklung in den beiden Staaten, der DDR und der Tschechoslowakei bzw. Tschechischen Republik vergleichen zu können, muss man die Geschichte beider Staaten berücksichtigen. Bis 1948 wurde die Elite beider Staaten vor allem durch das Großbürgertum, das Bürgertum, das Militär und den Adel geprägt. Die Aussage „Republik ohne Republikaner“ trifft auch auf die Erste Tschechoslowakische Republik zu.⁵ Nach 1948 wurde in beiden Staaten diese gesellschaftliche Schicht praktisch ausgeschaltet. Darüber hinaus wurden auch unliebsame Gegner,⁶ darunter auch Kommunisten,⁷ ausgeschaltet oder gar vernichtet. Die politischen Repräsentanten rekrutierten sich in beiden Staaten aus den so genannten „Einheitsparteien“, wobei die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei sensibel auf die politische Situation in der Sowjetunion reagierte.⁸

⁵ Trützschler, Mitteleuropa, S. 159- 163.

⁶ Die ersten Prozesse nach sowjetischem Vorbild begannen nach der Schaffung des Ministeriums für nationale Sicherheit im Mai 1950. Bereits ab dem 31.Mai 1950 musste sich eine Gruppe von 640 nicht kommunistischen Politikern vor dem Gericht verantworten. Den Angeklagten wurde internationale Vorschwörung im Dienste der Imperialisten vorgeworfen. 10 Personen, darunter Milada Horáková, wurden zum Tode verurteilt. Sie selbst wurde erst 1989 vollständig rehabilitiert. Horáková, Milada (1901-1950) Juristin, in den 30 ger Jahren führendes Mitglied des nationalen Frauenrates, während des Krieges in Theresienstadt inhaftiert, später als Zwangsarbeiterin in Leipzig tätig, zum Tode verurteilt, 1945 von den Amerikanern befreit. Seit 1945 aktiv in der Nationalsozialen Partei tätig, Abgeordnete des Tschechoslowakischen Parlaments, 1948 aller Ämter enthoben, Verhaftung am 27.September 1949.

⁷ Bis November 1950 wurden 170.000 Kommunisten aus der Partei ausgeschlossen. Wegen der angeklagten Prominenz ist jedoch vor allem der im Jahre 1952 inszenierte „Slánský Prozeß“ bekannt. Rudolf Slánský, seit 1921 Mitglied der KPČ und seit 1945 ihr Generalsekretär, war 1952 in einem der bekanntesten Prozesse zum Tode verurteilt und hingerichtet worden. Neben Slánský wurden auch gegen Vlado Clementis, seit 1945 Staatssekretär im Außenministerium, und den späteren (1975-1989) tschechoslowakischen Präsidenten Gustav Husák Anklage erhoben. Vgl. Prozes; Slapnicka, Slánský; Drug, Clementis.

⁸ Als nach dem XX. Parteikongress der KPdSU die Abschaffung des durch Stalin propagierten und aufgebauten Kultes aus Moskau gefördert wurde, entband man den damaligen Minister für nationale Verteidigung Alexej Čepička aller Ämter. Der 1910 geborene Jurist verbrachte die Jahre

Seit der Niederschlagung des Aufstandes 1953 in der Deutschen Demokratischen Republik kann man dort von keinem offenen Aufbegehren der Opposition mehr sprechen. Die Mehrheit der DDR-Bevölkerung fand im Lauf des Vierzigjährigen Bestehens der Republik zu einem Bewusstsein, das man durchaus als ein „DDR-Bewusstsein“ bezeichnen kann. Stand sie der Regierung zwar kritisch gegenüber, so wünschte sie jedoch nicht die Abschaffung der Republik. Vielmehr ging es ihr um Reformen, sowohl in der Politik als auch in der Wirtschaft, und um Reisefreiheit. Zur wirklichen Opposition der Deutschen Demokratischen Republik avancierte die Bundesrepublik. Personen, die Kritik an dem Regime übten, wurden kurzerhand ausgebürgert; dies taten zwar auch andere Staaten, jedoch nicht in diesem Umfang. Diejenigen, die blieben, obwohl sie regimekritisch eingestellt waren, fanden eine „politische Nische“ vor allem in den kirchlichen Institutionen.⁹ Dies erklärt die hohe Anzahl der jetzt noch politisch aktiven Theologen.

In der Tschechoslowakei gestaltete sich die Situation anders. Hier wirkte sich der Prager Frühling 1967/1968 auf die politische Situation aus. Dabei muss der Zeitfaktor und damit die gesellschaftliche und politische Lage der anderen Warschauer Paktstaaten hier berücksichtigt werden. Der Prager Frühling fand 15 Jahre nach dem Aufstand in der Deutschen Demokratischen Republik 1953 statt. Zu diesem Zeitpunkt hatte der Kalte Krieg bereits seinen Höhepunkt überschritten.

Dem im August 1968¹⁰ erfolgten Einmarsch der sowjetischen Truppen und ihrer Verbündeten aus den Warschauer Paktstaaten in die Tschechoslowakei¹¹ folgte eine Massenflucht insbesondere der damaligen politischen Elite. Die meisten ihrer Vertreter gehörten selbst der Einheitspartei an und galten als Reformkommunisten. Zu den bedeutendsten Vertretern, die das Land verließen, zählten Persönlichkeiten wie der Wirtschaftsminister Ota Šik¹², der Direktor des Tschechoslowakischen Fernsehens Jiří Pelikán¹³ oder Literaten wie Pavel Kohout¹⁴. Im Rahmen der

1942 bis 1945 im KZ Buchenwald. Als Schwiegersohn von Klement Gottwald war er verantwortlich für die Errichtung der Arbeitslager.

⁹ Thumfart, Integration, S. 373 -393.

¹⁰ Die Ostdeutsche Eliten haben durchaus mit dem Prager Frühling sympathisiert, jedoch nach dem Einmarsch sich jeglicher Stellungnahme enthalten. Siehe das Gespräch mit Professor Dr. Gerd Schumann in : Steinbach, Mathias (Hg): Universitätserfahrung Ost, DDR –Hochschullehrer im Gespräch, S.211-212. Verlag Dr. Bussert/ Stadler 2005.

¹¹ Skibowski, Schicksalstage.

¹² Šik, Ota (1919-2004): bis 1969 Mitglied der Kommunistischen Partei, während der Besetzung Böhmens-Mährens durch NS-Deutschland im Untergrund und im KZ Mauthausen; zur Zeit des Prager Frühlings Wirtschaftsminister, nach dem Einmarsch der Warschauer Paktstaaten in die Tschechoslowakei Emigration in die Schweiz.

¹³ Pelikán, Jiří (1923-1999): bis 1968 Mitglied der Kommunistischen Partei; nach dem Einmarsch der Warschauer Paktstaaten in die Tschechoslowakei Emigration nach Italien; als Mitglied des Sozialistischen Partei Italiens zweimal zum Abgeordneten des Europäischen Parlaments gewählt.

¹⁴ Kohout, Pavel (geb. 1928): bis 1969 Mitglied der Kommunistischen Partei; 1949-1950 Kulturattaché in Moskau; seit 1957 freier Schriftsteller.

angeordneten Normalisierung erfolgte der Ausschluss von zahlreichen noch verbliebenen Reformkommunisten aus der Partei.

Ähnlich wie in der Deutschen Demokratischen Republik arbeiteten, zwischen 1968 und 1977 und später, vor allem die kirchlichen Gruppen der einzelnen Staaten eng zusammen, wobei in der Tschechoslowakei - der größeren Zahl der Mitglieder wegen - Katholiken an erster Stelle zu nennen sind. Es existierten enge Verbindungen zwischen den Katholiken beider deutschen Staaten und den tschechischen Katholiken sowie den Mitgliedern der hussitischen Gemeinde. Hervorzuheben ist, dass es sich auf westdeutscher Seite fast ausschließlich um sudetendeutsche Katholiken handelte, die auf dem Staatsgebiet der Ersten Tschechoslowakischen Republik geboren worden waren und nach 1945 als junge Männer bzw. Kleinkinder ihren Geburtsstaat verlassen mussten. Beispielhaft seien hier die beiden aus Schlesien stammenden Brüder, die Professoren Hampel¹⁵ und der Mähren geborene Professor Rudolf Grulich¹⁶ genannt. Ihre konspirativen Treffen mit Persönlichkeiten wie den Bischöfen František Tomášek¹⁷ und Karel Otčenášek¹⁸, dem Abt Jan Opasek¹⁹, dem Kaplan Václav Malý²⁰ oder mit dem tschechischen Katholiken Jan Sokol²¹ begründeten die Hoffnung, dass nach dem Fall des Regimes die Politik beider Staaten die Menschen- und Bürgerrechte ohne Ansehen der Nationalität und Religion achten werde.

Das Jahr 1975 mit der Helsinki-Deklaration der Menschenrechte²², hier vor allem der so genannte Korb Nummer vier, veränderte die politische Situation in Osteuropa mehr als man bei der Unterzeichnung vermutet, ja erhofft hatte. In Prag wurde die

¹⁵ Hampel, Johannes (geb. 1928): em. Prof. für Didaktik der Politik; Hampel, Adolf (geb. 1933): em. Prof. für Kirchengeschichte.

¹⁶ Grulich, Rudolf (geb. 1944): Professor am Lehrstuhl für die Kirchengeschichte Böhmens, Mährens und Schlesiens an der Universität Gießen.

¹⁷ Tomášek, František (1899-1992): 1949 Ernennung durch Papst Pius XII. zum Bischof von Olmütz; zwischen 1951-1954 im Internierungslager; seit 1977 Prager Kardinal.

¹⁸ Otčenášek, Karel (geb. 1920): 1950 heimlich zum Bischof geweiht, zwischen 1951 und 1954 im Internierungslager; 1954 zu 13 Jahren Zuchthaus verurteilt, 1962 amnestiert, bis 1998 als einfacher Priester tätig; seit 1989 erneut Bischof.

¹⁹ Opasek, Jan (1913-1999): Benediktinermönch, 1938 in Rom promoviert; 1949 verhaftet und 1950 zum lebenslangen Zuchthaus verurteilt, 1960 amnestiert; zwischen 1968 und 1990 Exil in einem Benediktinerkloster in Bayern; 1990 Rückkehr nach Prag.

²⁰ Malý, Václav (geb. 1950): Theologe; Sprecher der Charta 77; seit 1988 Mitglied des Tschechoslowakischen Helsinki-Ausschusses; seit 1990 Präsident der tschechischen katholischen Charität; 1997 zum Bischof geweiht.

²¹ Sokol, Jan (geb. 1936): nach 1945 Goldschmied und Mechaniker; zwischen 1964 und 1990 Programierer; Signant der Charta 77; Bibelübersetzer; zwischen 1990 und 1992 Vizepräsident des Parlaments der Tschechoslowakischen Föderalen Republik, 1998 Minister für Schulwesen, Jugend und Sport; derzeit Professor und Dekan an der humanistischen Fakultät der Karlsuniversität in Prag.

²² Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Schlussakte, Helsinki 1. August 1975, online: www.osce.org.

so genannte „Charta 77“ ins Leben gerufen.²³ Von den ersten 217 Unterzeichnern der Charta waren 156 frühere Mitglieder der Kommunistischen Partei, die 1968 aus der Partei ausgeschlossen worden waren oder freiwillig der Partei den Rücken gekehrt hatten.²⁴ Nach der Unterzeichnung der Charta wurden sie politisch verfolgt. Zu ihnen gehörten Persönlichkeiten wie Václav Havel²⁵, Jan Patočka²⁶, Jiří Dienstbier²⁷, Petr Pithard²⁸ oder Jiřina Šiklová²⁹; Namen, die sich 1989 während der

²³ Am 13.10.1976 wurde in der Gesetzessammlung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (Gesetz Nr. 120/1976 Sb.) der „Internationale Pakt der bürgerlichen und politischen Rechte“ sowie der „Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte“ veröffentlicht. Diese beiden Dokumente wurden im Namen des Tschechoslowakischen Staates im Jahr 1968 unterzeichnet und traten im Anschluss an die Helsinki-Konferenz am 23.2.1976 in Kraft. Um der Forderung, diese beiden internationalen Dokumente in der Republik umzusetzen, Nachdruck zu verleihen, wurde am 1.1.1977 der Aufruf der ersten 242 Chartisten veröffentlicht. Zu den Signataren gehörte Václav Havel, der Historiker Prof. Jiří Patočka und Prof. Jiří Hájek. Am 6.1.1977 wurden die Chartisten beim Versuch, über diesen Aufruf die Föderalversammlung, die Regierung und das zentrale staatliche Pressebüro (CTK) zu unterrichten, von der Staatssicherheit daran gehindert. Am 7.1.1977 druckte den Text die Frankfurter Allgemeine Zeitung, The Times und Le Monde. Am 14.1.1977 wurde Vaclav Havel verhaftet, am 29.1.1977 beginnt die konsequente Verfolgung aller Chartisten. Erst am 3.11.1989 beenden die Chartisten ihre Tätigkeit. Die Charta 77 wurde bis zum Jahr 1990 von 1 800 Menschen unterzeichnet. Siehe www.darius.cz; Prečan, Vilém: V kradeném čase: výběr ze studii, článků a úvah z let 1973-1993 (In der gestohlenen Zeit, Auswahl von Studien, Artikeln und Überlegungen aus den Jahren 1973-1993; Brno 1994; Charta 77 očima součastníků: po dvaceti letech. K vydání připravili Cisařova Blanka, Drapala Milan, Prečan, Vilém, Vančura Jiří, (Charta 77 aus der Sicht der Augenzeugen, nach zwanzig Jahren, für die Herausgabe vorbereitet von Cisařová Blanka, Drapala Milan, Prečan, Vilém, Vančura Jiri, Brno 1997;

²⁴ Dolejší, Analýsa.

²⁵ Havel, Václav (geb. 1936): 1954 im Fernstudium Abitur, 1966 im Fernstudium Theaterwissenschaft, zwischen 1960 und 1968 als Theatertechniker tätig, seit 1974 freiberuflich; Initiator und Sprecher der Charta 77; 1979 bis 1983 Gefängnis, 1989 Mitbegründer des Bürgerforums, zwischen 1990 und 1992 Präsident der Tschechoslowakischen Föderalen Republik, nach ihrer Auflösung Präsident der Tschechischen Republik bis 2004. Zur Rolle Havels während der Samtenen Revolution siehe vor allem das Interview mit ihm in: Vaněk, Miroslav/ Urbášek, Pavel (Hg): Vítězové? Poražení?, životopisná interview, 1. díl: Disent v období tzv.normalizace, (Sieger? Verlierer?, Lebenslauf-Interview, Bd.1: Disident in der Zeit der so genannten Normalisierung,) Prag 2005. S.123-155.

²⁶ Patočka, Jan (1907-1977): seit 1937 Dozent für Philosophie an der Karlsuniversität Prag; 1958 als Bibliothekar tätig, zwischen 1968 und 1972 erneute Tätigkeit an der Karlsuniversität, anschließend Vorlesungen in privaten Seminaren.

²⁷ Dienstbier, Jiří (geb. 1937): 1958-1969 Journalist in Vietnam und Washington, Dezember 1989 bis 1994 Außenminister der Tschechoslowakischen Föderativen Republik. Zur Rolle Dienstbiers während der „Samtenen Revolution“ siehe vor allem das Interview mit ihm in: Vaněk, Miroslav/ Urbášek, Pavel (Hg): Vítězové? Poražení?, životopisná interview, 1. díl: Disent v období tzv.normalizace, (Sieger? Verlierer?, Lebenslauf-Interview, Bd.1: Disident in der Zeit der so genannten Normalisierung,) Prag 2005. S.27-63.

²⁸ Pithard, Petr (geb. 1941): Signatar der Charta 77, inhaftiert; 1989 nach der Wahl Václav Havels zum Präsidenten Vorsitzender des Bürgerforums; 1990-1992- Ministerpräsident der Tschechischen Republik; seit 1996 Senator. Zur Rolle Pithards während der „Samtenen Revolution“ siehe vor allem das Interview mit ihm in: Vaněk, Miroslav/ Urbášek, Pavel (Hg): Vítězové? Poražení?, životopisná interview, 1. díl: Disent v období tzv.normalizace, (Sieger? Verlierer?, Lebenslauf-Interview, Bd.1: Disident in der Zeit der so genannten Normalisierung,) Prag 2005. S-719-801.

„Samtenen Revolution“ in Prag wieder finden. Der Anteil der Frauen in der Charta 77 war ungewöhnlich groß. Diese Art von politischer Betätigung von Frauen entsprach eher dem „Anderen“ weiblichen Verständnis von Politik.

2. Transformation - Das Jahr 1989 in der Wissenschaft

Die während der Transformation durchgeführten Maßnahmen wirken sich, weil sie alle Bereiche des öffentlichen Lebens betrafen, bis heute auf das politische, gesellschaftliche und soziale Leben in den beiden Staaten aus. Aus diesem Grund soll auf die wichtigsten Maßnahmen in beiden Staaten eingegangen werden. Sie unterschieden sich erheblich und können daher nur bedingt miteinander verglichen werden.

Die Transformationen in Form der „Samtenen Revolutionen“ stellen einen neuen, bis dahin nie da gewesenen Typ von Revolution dar. Sie waren überraschend für diejenigen, die sich an die Bipolarität der Welt mit ihrer Koexistenz von kapitalistischen und sozialistischen Staaten gewöhnt hatten. Der tschechische Soziologe Pavel Machonin bezeichnet sie als eine friedliche, stufenweise jedoch rasch erfolgte komplexe Veränderung der sozioökonomischen Formationen sowie der gesellschaftlicher Ordnungen auf dem Weg einer zielgerichteten demokratischen Transformation der alten sozialen Strukturen mit ihren Akteuren der kulturellen und zivilisatorischen Sphäre in neue Strukturen.³⁰

Die Transformationsprozesse stehen seit ihrem Beginn im Zentrum vielfältiger wissenschaftlicher Forschungen.³¹ Obwohl allerdings ökonomisches Handeln von Akteuren bestimmt wird, gehörte im Gegensatz zur Frage der wirtschaftlichen Transformation der Elitenwechsel in den Transformationsländern lange nicht zum Schwerpunkt der Forschung. So stellte Hans Ulrich Derlien fest, dass, obwohl bereits Erfahrungen über Elitenwechsel aus der Revolutionsforschung³² vorliegen, wenig systematisches Wissen über den Elitenwechsel in der früheren Deutschen Demokratischen Republik existiert.³³ Die stattfindenden Forschungen haben eher einen Seltenheitswert, in Deutschland waren es der Forschungsbereich 3 des

²⁹ Šiklová, Jiřina (geb. 1935): 1960-1969 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Karlsuniversität Prag; 1969-1988 Laborantin; Mitunterzeichnerin der Charta 77, inhaftiert; 1990-2000 Lehrstuhl für Sozialarbeit an der Karlsuniversität; 1995: Frau Europas.

³⁰ Machonin, *Proměny sociálních nerovností*, S. 18.

³¹ Hudulla, *Außenpolitik*, 2003.

³² Da die „Samtene Revolution“ ein neuer Typ der Revolution war (vgl. Machonin, *Proměny sociálních nerovností*, S. 19), sind die Forschungsmuster aus der „Revolutionsforschung“ kaum auf diese übertragbar.

³³ Derlien/Lock, *Elitenzirkulation*.

Wissenschaftszentrums Berlin³⁴ oder die Universität Jena, die einen Forschungsbereich „Politische Eliten in Europa 1848-2000“ durchführten.³⁵

Der Schwerpunkt der Arbeiten der tschechischen Wissenschaftler bildet die tschechische Gesellschaft als solche³⁶. Die Untersuchungen von Machonin und seinem Team, waren die einzigen, die sich mit dem Bereich der Gesellschaft in der Transformation befassen³⁷. Erst nachdem in der Tschechischen Akademie der Wissenschaften im Jahre 2000 das Institut für „Oral-History“ (Centrum für orální historii) ins Leben gerufen wurde, begann man sich hier in den Jahren 2002-2004 im Projekt „Politische Eliten und Dissidenten in der Zeit der so genannten Normalisierung. Lebens- Interview“ mit den Transformationseliten zu befassen. Inzwischen liegen die Ergebnisse der Befragungen vor³⁸.

Keine der Institutionen hat einen deutsch-tschechischen Vergleich der Transformationseliten herausgegeben oder plant einen solchen. Auch fällt bei der weiteren Betrachtung der Forschung auf, dass weder die deutsche noch die tschechische Seite in ihrer Forschungsarbeit die Akteure des Jahres 1989 einbezieht oder einbezogen hat, obwohl unter ihnen (vor allem auf der tschechischen Seite) ausgewiesene Experten sind. Die tschechische Wissenschaft greift bei ihrer Forschungsarbeit auf Soziologen zurück, die bereits vor 1989 in den staatlichen universitären Instituten oder Akademien tätig waren also zu den „alten sozialistischen“ Eliten gehören. Dass es überhaupt diese Eliten „noch“ und zum Teil in denselben Strukturen und Positionen wie vor 1989 gibt, hat damit zu tun, dass in der Tschechischen Republik eine fachliche und persönliche Evaluierung, wie sie die ostdeutschen Universitäten erlebt haben, nicht durchgeführt worden ist. Die während des Sozialismus besonders exponierten Wissenschaftler wurden an eine

³⁴ Forschungsbereich 3: Politische Eliten; Welel, Konsens.

³⁵ Best/Cotta, Parliamentary representatives.

³⁶ So führt das Institut für politische Studien an der Karlsuniversität Prag für den Zeitraum 2005-2015 ein Forschungsvorhaben unter dem Titel „Visionen und Strategien der Entwicklung der tschechischen Gesellschaft in der Europäischen Union“ durch. Vize a strategie české společnosti. www.ceses.cuni.cz/projekty/vz_projekty.php.

Die Tschechische Akademie der Wissenschaftler veröffentlichte im Jahr 2002 ein Sammelband mit insgesamt 18 soziologischen Untersuchungen. Mansfeldová/Tuček, Současná česká společnost.

³⁷ Machonin/ Tuček a.kol. : Česká společnost v transformaci: K proměnám sociální struktury. (Die tschechische Gesellschaft in der Transformation: Zu Veränderungen der sozialen Struktur) Praha 1996. Machonin: Proměny sociálních nerovností v postsocialistické transformaci středoevropského typu a jejich možné teoretické implikace, v: Současná česká společnost, sociologické studie, (Veränderung der sozialen Ungleichheiten in den postsozialistischen Transformationen des mitteleuropäischen Typs und ihre möglichen Implikationen in : Gegenwärtige tschechische Gesellschaft, soziologische Untersuchungen,) Praha 2002, S. 11-31.

³⁸ Vaněk, Miroslav/ Urbášek, Pavel (Hg): Vítězové? Poražení?, životopisná interview, I. díl: Disent v období tzv. normalizace, Vítězové ? Poražení? životopisná interview, II.díl Politické elity v období tzv. normalizace (Sieger? Verlierer? Bd.I. Dissidenten in der Zeit der so genannten Normalisierung, Bd.II politische Eliten in der Zeit der so genannten Normalisierung) Prag 2005.

Universität in der tschechischen „Peripherie“ versetzt, sinniger Weise zum Teil an die deutsch- tschechische Grenze.

Die „alten sozialistischen“ Eliten haben aber schon vor 1989 ihr wissenschaftliches Netzwerk geflochten, auf das sie und die westeuropäische Wissenschaft heute zurückgreifen. Da man in Deutschland, in den Neuen Ländern, sofort 1990 mit einer politischen und fachlichen Evaluierung begann, auf deren Grundlage so mancher „DDR Wissenschaftler“ entlassen wurde, geht man auf westeuropäischer Ebene fälschlicher Weise davon aus, dass dies auch in den Staaten wie der Tschechischen Republik oder Polen geschehen ist. Stattdessen hat man es meistens mit den „alt - sozialistischen „ Fachkadern zu tun.

Was die Tschechische aber auch die Slowakische Republik betrifft, liegt dies auch daran, dass fast eine ganze „Eliten-Generation“ 1968 die Tschechoslowakei in Richtung Westen verlassen hat und die noch verbliebenen dem Regime nicht freundlich gesinnten Eliten nicht studieren durften. Aus diesen Tatsachen ergibt sich, dass in der Wissenschaft kaum andere als die „alten sozialistischen“ Eliten vorhanden sind. Ausnahmen bilden die Regel.

Was die Rolle der Frauen während oder in der Transformation betrifft, so liegen überhaupt keine Untersuchungen vor. Dies ist umso bedauerlicher, als es vor allem Frauen waren, die sich in der Opposition in den beiden Staaten intensiv einbrachten. In der Tschechischen Republik traten sie mit der Gründung des Bürgerforums innerhalb der Chartisten in den Hintergrund.

3. Die Rolle der Eliten in den Neuen Ländern und der Tschechoslowakei - Tschechien

3.1. Die Akteure und Eliten des Jahres 1989

Schon die Fragen ob überhaupt und wenn ja welche Eliten die Transformation beeinflusst haben und wie, wird in der Wissenschaft unterschiedlich beurteilt. Da man sich in der Wissenschaft nicht einmal über die Definition der Begriffe „die Linke“ und „die Rechte“ einig ist,³⁹ herrscht verständlicher Weise keine Übereinstimmung darüber, ob die Transformationseliten aus dem rechten oder linken politischen Lager stammen. Diese konträre Ansicht kann vor allem bei den tschechischen Wissenschaftlern beobachtet werden. So betont die tschechische Soziologin Klára Vlachová, dass es sich auch noch bei den ersten freien Wahlen nach 1989 um eine Sondersituation handelte, bei der es um Demokratie versus

³⁹Obwohl Bobbio in „Left and Right“ feststellt, dass diese Begriffe nie definiert worden sind, geht Vlachova davon aus, dass jedoch nach wie vor diese Kategorisierung der Gruppierungen und Parteien ihre Berechtigung hat. Vgl. Bobbio, Left and Right; Vlachová, Levice-pravice, S. 256.

Antidemokratie ging, also um eine Auseinandersetzung zwischen den linken und rechten Demokraten auf der einen Seite und den linken und rechten Antidemokraten auf der anderen Seite. Sie zeigt auf, dass sich in diesen Staaten, in denen die Reformen eher von den „Linken“ gesteuert worden sind - wie in Polen und Ungarn - die Kommunistischen Parteien von innen zu reformieren begannen. In der Tschechoslowakei, in der die „Rechte“ die Reformen steuerte, blieb die Struktur der Kommunistischen Partei dagegen unverändert.⁴⁰

Der tschechische Soziologe Pavel Machonin stellt die These auf, dass es keine „Übergangseliten“ gegeben habe, die von internationalen Institutionen ökonomische und politische Muster übernommen hätten. Vielmehr habe es sich um kreative Akteure verschiedener sozialer Gruppierungen gehandelt, welche durch die Formulierung ihrer Bedürfnisse, Interessen und Aktivitäten einen starken Druck ausgeübt und die weitere Entwicklung der Gesellschaft in Richtung Transformation beeinflusst hätten.⁴¹ Auch wenn Machonin nicht von Eliten, sondern von kreativen Akteuren spricht, so widerspricht er damit nicht der Tatsache, dass im Herbst 1989 eine Gruppe von Menschen, nämlich eine Elite, sich für einen Systemwechsel eingesetzt und das durch den Zerfall des kommunistischen Regimes entstandene politische und moralische Vakuum⁴² ausgefüllt hat.

Auf der deutschen Seite ist eine entsprechende Unsicherheit in der Wissenschaft nicht zu beobachten. Die unterschiedliche Beurteilung der Existenz von Eliten und ihr Einfluss auf die Transformation mag mitunter mit der unterschiedlichen politischen Situation beider Staaten zusammenhängen. Während in den neuen Ländern zum großen Teil die westdeutschen Eliten die politische Stellung der früheren Eliten übernahmen, mussten Tschechen und 1990 noch Slowaken im gemeinsamen Staat ihren Elitenwechsel aus den eigenen Reihen heraus bewerkstelligen.

3.2. Elitenwechsel

Angenommen, dass es Eliten waren, deren Wirken zum Zusammenbruch des sozialistischen Machtblocks geführt hat, kann der Versuch unternommen werden, Derliens Theorie über einen Elitenwechsel in der Deutschen Demokratischen Republik auch auf die Tschechische Republik bzw. auf die Slowakei zu übertragen und hier Parallelitäten aufzuzeigen. Derlien gliedert den Elitenwechsel⁴³ wie folgt:

⁴⁰ Vlachová, Levice-pravice, S. 256.

⁴¹ Machonin, Proměny sociálních nerovností, S. 19.

⁴² Skovajsa, Politische Kultur, S. 210.

⁴³ Neben Derlien war es vor allem Thumfart, der sich mit der Elitenzirkulation befasste, siehe Thumfart, Alexander, Elitenzirkulation, S. 146 -154.

- a) In der Deutschen Demokratischen Republik erfolgte das Ausscheiden der „Honecker-Elite“ im Herbst des Jahres 1989 und bedeutete einen Verlust von SED internen Eliten sowie von Eliten aus dem von der SED kontrollierten Sektor der Kultur- und Massenorganisationen.

In der Tschechoslowakei erfolgte das Ausscheiden der Führung der Kommunistischen Partei und damit des Staates faktisch zum selben Zeitpunkt wie in der Deutschen Demokratischen Republik. Jedoch erfolgte der Verlust an Macht der durch die Kommunistische Partei kontrollierten Bereiche nicht oder erst mit zeitlicher Verzögerung. Dies lag an der Praxis des am 19. November 1989 ins Leben gerufenen Občanské forum⁴⁴ (OF, Bürgerforum) das sich bewusst nicht als eine Partei bezeichnete. Seine Gründungsmitglieder wollten damit zeigen, dass sie allen gesellschaftlichen Schichten gegenüber offen stehen, also auch den Kommunisten, einigen der Mitglieder der KPČ gehörten auch dem OF an⁴⁵. Durch das Gesetz Nr.15/1990 wurde der Kommunistischen Partei Rechtssicherheit garantiert.

- b) In der Deutschen Demokratischen Republik war es das Ziel der systemkonformen und systemkritischen Gegenelite wie Egon Krenz, Hans
- c) Modrow und dem am 8. Dezember 1989 zum SED-Vorsitzenden gewählten Gregor Gysi die Erhaltung der DDR Staatlichkeit. „Die Herrschaft der Stellvertreter“, wie sie beispielhaft für die Russische Föderation war, etablierte sich nicht.
- d) In der Tschechoslowakei wurde dem Erhalt der Staatlichkeit bzw. dem Ausbau der bereits vorhandenen föderalen Strukturen in den ersten Monaten nach der „samtenen Revolution“ wie auch in den folgenden zwei Jahren kaum Berücksichtigung geschenkt. Zu sehr war man mit der Bildung von parlamentarischen Strukturen und dem Ausbau der bürgerlichen Freiheiten beschäftigt. Dies ist mit ein Grund dafür, dass 1992 die Tschechoslowakische Republik zerfiel.

⁴⁴ Suk, Jiří: Občanské forum, listopad-prosinec 1989, 1. díl-události, doplněk, (Das Bürgerforum, November-Dezember 1989, 1. Band –Ereignisse, Ergänzung) Brno 1997; S.11-13.

⁴⁵ Die Zusammensetzung des OF wird in seinem ersten Aufruf vom 19. November aufgezählt, wo es heißt: „An der Arbeit des Forums beteiligt sich Charta 77, Der Tschechoslowakischen Helsinki-Ausschuss, Kreis der unabhängigen Intelligenz, Bewegung für bürgerliche Freiheit, Artforum, Erneuerung, Unabhängigen Studenten, Tschechoslowakische demokratische Initiative, Unabhängige Friedensvereinigung, Offener Dialog, Tschechoslowakischer PEN Klub, Einige Mitglieder der Sozialistischen Partei, Tschechoslowakischen Volkspartei, der Kirchen, Kunstschaffende und Mitglieder anderer Vereine, einige früheren und jetzigen Mitglieder der Kommunistischen Partei und weitere demokratisch denkende Bürger. Suk, Jiří: Občanské forum, listopad-prosinec 1989, 2.díl-dokumenty, doplněk,(Das Bürgerforum, November-Dezember 1989, 2. Band –Dokumente, Ergänzung), Brno 1998; S.11-12.

e) In der Deutschen Demokratischen Republik hatte sich im Verlaufe der 80er Jahre zwar eine systemkritische Gegenelite in der Bürgerrechtsbewegung und innerhalb der SED herausgebildet, doch gelang es ihr erst nach dem Oktober 1989 sich zu etablieren. Zum Entzug der Massenloyalität (oder Massenangst) der Bevölkerung trug sie wesentlich bei. Nach der Öffnung des politischen Systems kamen zu dieser Gegenelite Personen, die sich ihre „politische Nische“ vor allem in den Kirchen haben aufbauen können. Aus ihnen rekrutierten sich dann die Mitglieder des sich Anfang⁴⁶ Oktober 1989 gebildeten Demokratischen Aufbruchs, die sich an dem so genannten „Runden Tisch Gesprächen“ beteiligt haben. Zu den Gründungsmitgliedern des Demokratischen Aufbruchs, die noch nach 15 Jahren in der Politik tätig sind, gehören der Weimarer Theologe Edelbert Richter⁴⁷, Klaus Zeh⁴⁸ und Hildigund Neubert⁴⁹.

In der Tschechoslowakei findet man bei der Gründung des Občanské forum den Personenkreis der Chartisten wieder.⁵⁰ Von den Emigranten der Jahre 1948 oder 1968 befand sich niemand unter den Mitbegründern. Erst als das OF seine Tätigkeit zu organisieren begann und Fachkommissionen errichtete wurde am 24. November Václav Klaus⁵¹ als Berater für Wirtschaftsfragen⁵² ins OF berufen⁵³.

⁴⁶ Der Demokratische Aufbruch, von einer Bürgerbewegung zur Partei- 1989/1990 , 2002 TLStU Erfurt.

⁴⁷ Richer, Edelbert (geb.1943), Theologe, 1976 Promotion, seit 1977 Studentenpfarrer, 1987-1990 Dozent für Systematische Theologie und Philosophie in Erfurt, 1998 Mitbegründer des Demokratischen Aufbruchs, 1990 Eintritt in die SPD, Mitglied der Volkskammer vom 18.März bis 2.Oktober 1990, Mitglied des Bundestages vom 3. Oktober bis 20.Dezember 1990 und seit 1994, 1991-1994 Beobachter im Europäischen Parlament.

⁴⁸ Zeh, Klaus (geb.1952), Studium der Informatik und Ingenieur Pädagogik, 1990 Promotion, 1985-1989 außerplanmäßiger Aspirant an der Akademie der Wissenschaften der DDR, 1990 Mitglied des Demokratischen Forums, stellvertretender Vorsitzender des Demokratischen Forums, Nach dessen Aufgehen in der CDU, Mitglied der CDU, seit 1990 Mitglied des Thüringer Landtages, 1990-1994 Finanzminister, seit 2003 Minister für Soziales, Familie und Gesundheit.

⁴⁹ Nubert, Hildigung (geb.1960), Studium des Gesangs in Weimar, Mitglied des Chors des Nationaltheaters in Weimar, Mitglied des Friedenskreises der Weimarer Evangelischen Studiengemeinde, Mitbegründerin des demokratischen Aufbruchs, 1996 Eintritt in die CDU, 1997-2003 Mitarbeiterin im Bürgerbüro e.V. zur Aufarbeitung der Folgeschäden der SED –Diktatur, seit 2003 Landesbeauftragte des Freistaates Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik.

⁵⁰ Zu den politischen Veränderungen im November 1989 siehe: Bureš, Ideologie.

⁵¹ Klaus, Václav (geb. 1941): nach 1989 im Bürgerforum tätig; Begründer der ODS; Finanzminister, seit 2003 Staatspräsident der Tschechischen Republik.

⁵² Klaus arbeitete am „Institut für Prognostik“. Dieses Institut arbeitete im Auftrag der Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik wirtschaftspolitische Untersuchungen für und über den Comecon aus.

⁵³ Suk, Jiří: Občanské forum, listopad-prosinec 1989, 2.díl-dokumenty, doplněk,(Das Bürgerforum, November-Dezember 1989, 2.Band –Dokumente, Ergänzung), Brno 1998; S.11-13.

- f) Systemkonforme Eliten wie Hans Modrow wurden in der Deutschen Demokratischen Republik rasch in die parlamentarische Opposition gedrängt. Außerhalb der Partei, beispielsweise beim Militär oder der Verwaltung, setzte die Absetzung der Eliten erst mit Verzögerung ein. Dies gilt auch für die Tschechoslowakei, wo die KPČ in die Opposition gedrängt wurde, jedoch vor allem in der Justiz und der Verwaltung nach wie vor die alten Kader beschäftigt waren und es zum Teil - so in der Staatsanwaltschaft und in der Polizei – bis heute noch sind. Dies ist mitunter der Grund dafür, dass die Europäische Union in ihren Berichten über den Stand der Umsetzung der Beitrittskriterien auf die Schaffung von unabhängiger, professioneller und stabiler Verwaltung drängte⁵⁴

Die Betrachtung der deutschen Eliten im Jahre 1990 ist nach Derliens Ansicht das Spiegelbild des personellen Untergangs der DDR, da die personelle Repräsentation der neuen Länder in der Regierung sowie anderen Spitzenpositionen der Verwaltung von einer westdeutschen Elite übernommen worden ist. Sie füllten das entstandene „Elitevakuum“ aus.

Die politische Repräsentation auf der Ebene der neuen Länder entspricht der oben skizzierten Theorie vom Spiegelbild der Gesellschaft insoweit, als die Mehrzahl der Abgeordneten in den Landesparlamenten aus dem Osten stammt. Die Rekrutierung des politischen Personals erfolgt inzwischen nach denselben Mustern wie in der „alten“ Bundesrepublik. Diese Theorie gilt auch für die Tschechische Republik im Jahr 2004, in der die Mitgliedschaft und entsprechende Qualifizierung innerhalb einer Partei die Bedingung für einen politischen Aufstieg sind. Insoweit ist hier von einer Normalisierung der Situation zu sprechen.

3.3. Das Bürgerforum als Elite(ersatz)

Im Jahr 1989/1990 war die Situation in der Tschechoslowakei eine andere, hier gab es keinen „großen Bruder“. Das Bürgerforum hatte vorerst gänzlich die Rolle der Elite übernommen, kaum aber ein Emigrant wurde von der Führung soweit akzeptiert, dass er in ihre Reihen aufgenommen worden ist. Ausnahme bildeten hierbei Pavel Tigrit⁵⁵ und Jan Kavan⁵⁶, während Tigrit seit 1990 als Berater des

⁵⁴ Strategiepapier und Bericht der Europäischen Union über die Fortschritte jedes Bewerberlandes auf dem Weg zum Beitritt, vom 09.10.2002, KOM(2002) 700 endg. hier S.23. Kritisch mit der Situation in der tschechischen Verwaltung setzt sich Hesse, Jens, Joachim: Administrative Reform in the Czech Republic, in: Hesse, Jens, Joachim /Toonen, A.J (Hg.): The European Yearbook of Comparative Government and Public Administration Vol.1/1994, S. 477-505.

⁵⁵ Tigrit, Pavel (1917-2003) als Pavel Schönfeld geboren, emigrierte er 1939 nach London, seit 1940 als Pavel Tigrit bei Radio Free Europa tätig. 1945 Rückkehr nach Prag. 1945 im Außenministerium tätig, dann Journalist und Chefredakteur tätig. Im Februar 1948 Emigration in die Bundesrepublik Deutschland. Seit 1960 in Paris lebend, kehrte er 1990 nach Prag zurück, wo

Präsidenten Václav Havel, zwischen 1994-1996 Kultusminister war, übte Kavan, der als Mitglied des Koordinační centrum (KC) aktiv war, zwischen 1998- 2002 das Amt des Außenministers aus.

Das OF (Bürgerforum) geriet allerdings schon bald in die Krise. Bereits während Sitzung des OF am 17. Februar 1990, an der Delegaten aus allen Kreisen der Republik teilnahmen, wurden Stimmen laut, die mit dem Information über die Tätigkeit des KC nicht zufrieden waren, da diese nicht im gewünschten Maße über die vorgesehene Wirtschaftsreform berichten konnten. Weiter wurde heftige Kritik an der vorgesehenen Änderung der Statuten des OF geäußert⁵⁷. In der vierten Nummer der eigenen Zeitung „Forum“ vom 21. Februar 1990 wurde unter der Überschrift: „Doba hájení je pryč (Die Zeit der Verteidigung ist vorbei) diese Kritik veröffentlicht. Der Autor fordert ganz im Sinne der Ergebnisse einer Meinungsumfrage, wonach sich 77 Prozent der Bevölkerung gegen die Umwandlung des Bürgerforums in eine Partei aussprachen, dass das OF als eine Plattform der Bürgeraktivitäten und ein unabhängiges Kontrollorgan der Staatsorgane fortbestehen soll. Um seine künftige Rolle effektiv ausüben zu können, muss es sich eigene, gut funktionierende Struktur geben.

Da eine Doppelfunktion im KC OF einerseits und in einem staatlichen Amt andererseits dem Ziel des Občanské forum widerspreche, eine Plattform der Bürger zu sein, wurde eine strikte Trennung zwischen der Tätigkeit im Bürgerforum und einem Staatsamt gefordert; eine Forderung, die sich unmittelbar aus der aktuellen Situation und die Übernahme des Ministerpräsidentenamtes der Tschechischen Republik durch den OF-Mitbegründer Petr Pithard am 6. Februar ableitete. Der begonnene Zerfall des Bürgerforums konnte dadurch jedoch nicht mehr aufgehalten werden. Er wurde durch folgende Faktoren begründet:

Die Notwendigkeit der Gründung von Parteien

Im Winter 1990 begannen sich neben kleinen Gruppierungen wie beispielsweise „Nezávyslí intelektuálové“ (Unabhängige Intellektuelle) eigenständige kleine Parteien zu gründen. Bis Ende Februar 1990 entstanden neun liberale Parteien oder Gruppierungen mit einem liberalen Programm. Um mehr Chancen bei den bevorstehenden Wahlen zu erhalten, schlossen sich sieben von ihnen am 10. März 1990 zu einer gemeinsamen Wählerliste zusammen, welche künftig auch

er Berater des Präsidenten Václav Havel wurde. 1994-1996 Kultusminister, 1997-1998 Berater des Präsidenten in Fragen der deutsch-tschechischen Beziehungen.

⁵⁶ Kavan, Jan (1946 in London), 1974-1990 Direktor der Presseagentur Palach Press und Vizepräsident der East European Cultural Fundation, 1996 zu Senator gewählt, 1998-2002 Außenminister der Tschechischen Republik.

⁵⁷ Marek, Doba hájení je pryč.

allen anderen Parteien und Gruppierungen offen stehen sollte, die bereit waren, ihr Parteiprogramm mit den bereits im Wahlbündnis vertretenden Parteien und Gruppierungen abzustimmen. Zu den Gründern des Wahlbündnisses zählten: Republikanská Unie (Republikanische Union), Strana ústavné demokracie (Die Partei der Verfassungsdemokratie), Strana svobodných demokratů (Partei der Freien Demokraten), Klub podunajské konference (Klub der Donaukonferenz), Strana českosloveské neutrality (Partei der tschechoslowakischen Neutralität), Demokratická strana České Republiky (Demokratische Partei der Tschechischen Republik), Všelidová demokratická strana (Allgemeinbürgerliche Partei)⁵⁸.

Dass die als erste liberale Gruppierung ins Leben gerufene Demokratická iniciativa (Demokratische Initiative), aus der dann die Liberalní demokraté (Liberale demokratische Partei) hervorging, sich nicht an diesem Wahlbündnis beteiligte, zeigt, wie gering man in ihren Reihen die Notwendigkeit eines Bündnisses einschätzte. Dies lag wohl daran, dass diese Gruppierung bzw. Partei als erste und einzige von der bundesdeutschen F.D.P. anerkannt und finanziell unterstützt wurde. Zu dem bekanntesten Vertretern dieser Partei gehört ohne Zweifel ihr Pressesprecher Bohumil Doležal, der zu den Gründern des OF gehörte und nach dem Zerfall der Partei für eine recht kurze Zeit politischer Berater von Václav Klaus in seiner Funktion als Vorsitzender der ODS (občanská demokratická strana) wurde.

Während sich im Jahr 1990 die Liberalen parteipolitisch zu formieren begannen, lehnte das Bürgerforum Parteien weiterhin grundsätzlich als ein System ab, das den Bürgerwillen behindere, statt ihn zu fördern. Folgerichtig ignorierte man das ganze Jahr über die Notwendigkeit der Bildung einer eigenständigen Partei. Die Diskussion, ob und wie sich das Bürgerforum als Partei gründen sollte, wurde erst beendet, als Václav Klaus mit einem Teil des Bürgerforums 1991 die Občanská Demokratická Strana (ODS, Bürgerpartei) gründete. Als Gegenreaktion und weil man keine Partei sein wollte, rief die Gruppe um Jiří Dienstbier in einem Aufruf vom 24. Februar 1991 zur Gründung der sogenannten Občanské hnutí (OH, Bürgerbewegung) auf.⁵⁹ Nachdem am 21. März 1991 ein „Dreier Komitee“, bestehend aus Jiří Dienstbier, Petr Pithard und Pavel Rychetský, die Gründung des OH offiziell bekannt gegeben hatten, wurde dieses am 27. April 1991 im Slovanský Dům in Prag der Öffentlichkeit vorgestellt. Das OH stellte zu diesem Zeitpunkt 18 Mitglieder der Regierung.

⁵⁸ Jiří Landa, Vorsitzender der „Strana svobodných demokratů“, im Brief an die Autorin vom 12.3.1990.

⁵⁹ Provolání občanského hnutí, v Praze dne 24. února 1991, unterzeichnet von der Pressesprecherin des OH Jana Ryšlinková, Quelle: Eigentum der Autorin.

Obwohl sich auch diese Gruppierung zu den liberalen Werten⁶⁰ wie die F.D.P. in der Bundesrepublik bekannte, wurde ihr von der F.D.P. weder logistische noch materielle Förderung gewährt. In ihrer Begrüßungsrede bat die damalige Schatzmeisterin der F.D.P., Cornelia Schmalz-Jacobsen, für Verständnis, da die F.D.P. die bereits existierende Liberale Partei in der Tschechoslowakischen Republik unterstütze.

a) *Die wirtschaftliche Ausrichtung der Bewegung*

Da der Großteil der Akteure des Bürgerforums sich aus den Chartisten rekrutierte und diese wiederum aus dem Reformkommunisten des Jahres 1968, die vom Kommunismus mit menschlichem Antlitz träumten, stand man in den Reihen des Bürgerforums der kapitalistischen Marktwirtschaft skeptisch gegenüber.⁶¹ Ihnen gegenüber stand hingegen mit Václav Klaus ein Mann, der sich seit Jahren akademisch mit ökonomischen Fragen auseinandersetzte. Mit seinem Ruf nach Privateigentum und Privatisierung gelang es Klaus schnell, die breiten Massen zu gewinnen.

Erst mit dem durch Klaus geprägten Begriff des Eigentums und den damit beginnenden strukturellen und ökonomischen Veränderungen⁶² begann sich ein politisches Spektrum von Parteien nach demokratischen Grundsätzen zu bilden. In diesem Fall überholte die politische Repräsentanz die Wähler um einige Wahlperioden. Die Wähler verstanden die ökonomische Transformation als eine endgültige Ablehnung der Rückkehr zur sozialistischen Konzeption der zentral gelenkten Planwirtschaft. Auf Versagen bzw. Misserfolge waren sie nicht vorbereitet⁶³.

⁶⁰ Das Programm des OH bestand aus fünf Punkten: 1) Nicht zulassen, dass die Bürger Angst vor der Zukunft haben und einen Ausweg in der Rückkehr zu früheren Verhältnissen suchen; 2) Jeder Bürger soll die Möglichkeit bekommen, sich an öffentlichen Angelegenheiten zu beteiligen, an der Verwaltung der Gemeinde, der Region und des Staates; 3) Durchsetzung des Übergangs zur Marktwirtschaft bei voller Respektierung der sozialen und ökologischen Anforderungen; 4) Weiterentwicklung der Gemeinsamkeiten von Tschechen und Slowaken sowie anderer im Staat lebender Nationalitäten; 5) Respektierung der humanen, demokratischen, kulturellen und christlichen Tradition des Landes sowie seines geistigen Vermächtnisses. Provolání občanského hnutí, v Praze dne 24. února 1991, Quelle: Eigentum der Autorin.

⁶¹ Vgl. den Aufruf des OH (ebd.), in dem zwar von der Marktwirtschaft gesprochen wird, jedoch bei Berücksichtigung der sozialen und ökologischen Gesichtspunkte.

⁶² Klaus, Signale.

⁶³ Kunštát, Miroslav: Die demokratischen Umbrüche und der Prager Frühling in der Tschechoslowakei-jeweils zwölf Jahre danach, in: Veen, Hans-Joachim (Hg): Nach der Diktatur, Demokratische Umbrüche in Europa-zwölf Jahre später; Köln/Weimar/ Wien 2003, S.75-85, hier S.82.

3.4. Politische Eliten im Kontext des politischen und gesellschaftlichen Leben nach 1990

Bei der Betrachtung der Eliten in beiden Staaten nach 1990 soll nicht mehr der zeitliche, sondern vielmehr der sektorale Aspekt im Vordergrund stehen. Dies ergibt sich aus der Tatsache, dass bis 1990 und unmittelbar danach in der Deutschen Demokratischen Republik die Elite aus den Reihen der SED rekrutiert wurde. In der Tschechoslowakei setzten sich die Eliten dagegen aus den Chartisten zusammen, wobei die meisten von ihnen - wie bereits oben angedeutet -, bis 1968/1969 Mitglied der Kommunistischen Partei gewesen waren.

Im Gegensatz zum Gebiet der früheren Deutschen Demokratischen Republik fand in der Tschechoslowakischen/Tschechischen Republik der Elitenaustausch⁶⁴ nur in einem sehr begrenzten Rahmen statt. Dies hängt in erster Linie mit den in den Neuen Bundesländern durchgeführten Evaluierungen für Beschäftigte im öffentlichen Dienst zusammen. Diese fanden in der Tschechischen Republik nicht statt bzw. nicht in dem Ausmaß. In der Tschechischen Republik beschränkte man sich vielmehr darauf, nur die Führungsspitzen in den Verwaltungen, Universitäten und anderen Ämtern mit Schlüsselfunktion auszuwechseln. Die Repräsentanten der kommunistischen Eliten traten, falls sie an der Universität oder im Staatsdienst verblieben sind, in die so genannte zweite Reihe zurück⁶⁵ oder sind in der freien Wirtschaft tätig. Dass es - im Gegensatz zu der Bundesrepublik Deutschland⁶⁶ - zu dieser Thematik keine tschechische wissenschaftliche Untersuchungen sondern nur kritische Zeitungsbeiträge gibt⁶⁷, hat sicher mehrere Gründe. Zu ihnen gehören die Tatsache, dass auch Mitglieder der Kommunistischen Partei dem OF angehörten, die Kommunistische Partei bereits 1990 in ihrer bestehenden Form gesetzlich anerkannt wurde⁶⁸ sowie der Umstand, dass die Kommunistische Partei in der Tschechischen Republik sich zwar als einzige aus dem früheren sozialistischen Machtblock - neben der russischen- selbst nicht reformierte, an ihrer Spitze aber

⁶⁴ Vaněk, Miroslav/ Urbášek, Pavel (Hg): Vítězové? Poražení?, životopisná interview, I. díl: Disent v období tzv. normalizace, Vítězové ? Poražení? životopisná interview, II. díl Politické elity v období tzv. normalizace (Sieger? Verlierer? Bd. I. Dissidenten in der Zeit der so genannten Normalisierung, Bd. II politische Eliten in der Zeit der so genannten Normalisierung) Prag 2005.

⁶⁵ So wurden z.B. Wissenschaftler der Karlsuniversität Prag an Universitäten in der so genannten Peripherie- Universitäten in Plzen, Ustí nad Labem, oder Pardubice versetzt.

⁶⁶ Pasternack, Peer: Demokratische Erneuerung, eine universitätsgeschichtliche Untersuchung des ostdeutschen Hochschulumbaus 1989-1995, mit zwei Fallstudien: Universität Leipzig und Humboldt-Universität zu Berlin, Weinheim 1999.

⁶⁷ Interview mit Tigrít, veröffentlicht in Mladá Fronta/Dnes am 01.03.2003 unter der Überschrift: Komuniste jsou čilí a bez humoru (Die Kommunisten sind fitt aber ohne Humor) ; Jiří Pehe: Příčiny krize sahají do minulosti (Die Ursachen der Krise haben ihre Ursachen in der Vergangenheit) veröffentlicht in: Lidové Noviny, 14.5.2005.

⁶⁸ Durch das Gesetz Nr.15/1990.

Männer wie Miroslav Grebeneniček⁶⁹ und Miloslav Ransdorf⁷⁰ stehen, die vorgeben, dass die Partei aus den historischen Fehlern gelernt hätte⁷¹. Da seit der Samtenen Revolution inzwischen mehr als 15 Jahre vergangen sind, ist zu fragen, ob eine jetzt durchgeführte Evaluierung überhaupt sinnvoll wäre, da sich die Präsenz der Akteure aus der kommunistischen Zeit in den Ämtern und an den Universitäten demographisch von selbst löst.

In den Neuen Ländern musste sich jeder Beschäftigte des öffentlichen Dienstes einer persönlichen und fachlichen Evaluierung unterziehen. Nur diejenigen, die in beiden Evaluierungen positiv beurteilt wurden, durften ihre Stellung behalten. Jeder Staatsbedienstete musste eine Erklärung unterschreiben, dass er keine Kontakte zur Staatssicherheit oder anderen Geheimdiensten hatte. Nicht selten kam es vor, dass falsche Angaben gemacht worden sind. Wenn dies dann durch die für die Überprüfung der Stasi eingesetzte Gauckbehörde herauskam, musste der Staatsbedienstete seine Stelle verlassen. Zahlreiche Staatsbedienstete, die entlassen wurde, prozessierten gegen ihre Entlassung⁷². In den meisten Fällen wurde ein Vergleich geschlossen, wonach die klagende Person eine Abfindung erhielt und nicht mehr in den Staatsdienst zurückkehrte. Allerdings gibt es auch Fälle, in denen der Klagende Recht bekam und daher weiterhin als Staatsdiener tätig sein durfte. Dennoch kann nicht behauptet werden, dass die alten Eliten in den Neuen Ländern ohne Einfluss sind. Der Umstand, dass die PDS als die Nachfolgepartei der SED in allen Neuen Ländern nicht nur im Parlament vertreten, sondern zum Teil wie in Mecklenburg-Vorpommern oder in Thüringen an der Regierung beteiligt ist, zeigt, wie groß der Einfluss der „früheren Eliten“ in der Politik ist. Eine Erklärung dafür dürfte die Nichterfüllung der an die Vereinigung geknüpften Erwartungen der Bevölkerung sein.

Eben dieser Umstand ist es auch, der mit dazu beitrug, dass viele der „neuen“ Eliten der Wendejahre von den weiteren Geschehnissen „überrollt“ wurden. In erster Linie war es die Erfüllung der wirtschaftlichen Bedürfnisse, welche die Mehrheit der

⁶⁹ Grebeneniček, Miroslav (geb. 1947), Historiker, seit 1975 lehrte er an der Universität in Brünn Geschichte der politischen und philosophischen Theorien, seit 1975 Mitglied der Kommunistischen Partei, aktiv seit dem 17. November 1989, seit 1990 Abgeordneter, zwischen 1993-2005 Parteivorsitzender.

⁷⁰ Ransdorf, Miloslav (geb. 1953), Philosoph, seit 1984 in der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften tätig, seit 1972 Mitglied der Kommunistischen Partei, seit 1993 stellvertretender Parteivorsitzende, zwischen 1996-2004 Abgeordneter des Tschechischen Parlaments, seit 2004 Mitglied im Europäischen Parlament.

⁷¹ Mitrofanov, Alexander/Malacova, Marketa: *Politika pod poklickou* (Politik unter dem Kochtopfdeckel) Prag 2002.

⁷² Pasternack, Peer: *Demokratische Erneuerung, eine universitätsgeschichtliche Untersuchung des ostdeutschen Hochschulumbaus 1989-1995*, mit zwei Fallstudien: Universität Leipzig und Humboldt-Universität zu Berlin, Weinheim 1999, S.226-229.

Bürger der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakei 1989 interessierten. Dementsprechend waren die Erwartungen besonders hinsichtlich eines ganz persönlichen „Wirtschaftswunders“ groß. So idealisiert diese Hoffnungen waren, so schnell wurden sie auch enttäuscht. Der Mann und die Frau von der Strasse erlebten, wie ihre Arbeitsplätze verloren gingen und die Arbeitslosenzahlen auf etwa 19 (Ostdeutschland) bzw. 10 bis 18 Prozent (Tschechische Republik) hochschnellten. Staatsbediensteten aus dem Osten verdienten weniger als ihre westlichen Kollegen und die Forderung der Politik an die Bürger, „eigenverantwortlich zu handeln“, überforderte viele, die dies nie gelernt hatten. Namen von Bürgerrechtlern, die 1989/1990 einen großen Klang besaßen und den Kampf gegen das SED-Regime symbolisierten, verblassten angesichts dieser alltäglichen Probleme im wiedervereinigten Deutschland rasch.

4. Chartisten und die neuen oder alten Akteure in der Politik der Tschechischen Republik und den Neuen Ländern

Die Frage, warum es den meisten Akteuren des Runden Tisches bzw. den Mitgliedern des Bürgerforums nicht gelungen ist, zu politischen Repräsentanten zu werden, ist mit diesem Erklärungsansatz nur bedingt zu beantworten. Wie oben bereits dargelegt, wird die politische Elite nach bestimmten in allen Demokratien gleichen Grundmustern rekrutiert. Auch in den neuen Ländern und der Tschechischen Republik ist Politik und damit Politiker inzwischen zu einem Beruf geworden. Jede Zeit kennt ihre eigenen Akteure. Die Revolutionäre sind für das tägliche politische Handwerk nicht geeignet. Die Akteure der Transformation sind, wenn sie nicht bereit waren, sich dem Parteidiktat zu unterwerfen, tatsächlich zu „ausgedienten“ Helden geworden, zumindest im Bereich der politischen Repräsentation.

Von den nach 1989 neu gegründeten Parteien der Tschechoslowakei/Tschechiens sind aktuell neben der Kommunistischen Partei, die OSD (Občanská demokratická strana), die KDU-ČSL (Křesťanská a demokratická unie-Čs. Strana lidová/Christlich-demokratische Union-Tschechische Volkspartei) sowie die US-DEU (Unie svobody-demokratická unie/Freiheitsunion) im Parlament vertreten⁷³. Während man im Jahr 1990 in allen Schlüsselpositionen die früheren

⁷³ Kritisch mit den politischen Parteien in der Tschechischen Republik setzt sich auseinander: Mitrofanov, Alexander/Malacová, Markéta in: Politika pod pokličkou (Politik unter dem Kochtopfdeckel) Prag 2002.

Mitunterzeichner der „Charta 77“⁷⁴ und Mitglieder des Bürgerforums finden konnte, ist 2006 keiner mehr von ihnen im Parlament vertreten.

Im Senat, der zweiten Kammer, gestaltete sich die Situation anders. Dies hängt wohl damit zusammen, dass der Senat weniger Kompetenzen als das Parlament hat. Stellvertretender Vorsitzender des Senats ist Petr Pithard als Vertreter der Christlich sozialen Union (Křestanskou demokratickou Unii). Jan Ruml, der 1990 Staatssekretär im Innenministerium der föderalen Tschechoslowakei und von 1992 bis 1996 Innenminister der Tschechischen Republik war, ist gleichfalls Senator geworden. Er gehörte zu den Gründungsmitgliedern des Bürgerforums und war bis 1997 Mitglied. Im Jahr 1997 gründete er die Unie Svobody (Freiheitsunion).

Die meisten Mitglieder des Bürgerforums lehnten es dagegen ab, erneut in eine neu gegründete Partei einzutreten. Viele von ihnen sind Hochschuldozenten geworden.

Eine dritte Kategorie bilden diejenigen, die zwar weder in der Politik noch an der Universität tätig sind, deren Stimme aber nach wie vor gehört wird. Es sind dies Mitbegründer des Bürgerforums wie Václav Žák, der zwischen 1990 bis 1992 Vizepräsident des Tschechischen Parlaments gewesen ist. Žák vertritt Tschechen im „Deutsch-Tschechischen Gesprächsforum“. Seit Februar 2006 ist er Aufsichtsratsvorsitzender des tschechischen Rundfunk und Fernsehen.

Ähnlich ist auch die Situation in den neun Ländern. Diejenigen, die sich für politische Veränderungen in der Deutschen Demokratischen Republik engagiert haben, findet man kaum noch auf der politischen Bühne. Die wenigen, die in der Politik weiterhin tätig sein wollten, mussten sich für eine bereits in der Bundesrepublik existierende Partei entscheiden. Von der Aktivisten des Demokratischen Aufbruch, der im Februar 1990 mit der CDU die „Allianz für Deutschland“ schloss und im August 1990 in diese aufging, sind weiterhin in der CDU neben Angela Merkl, Klaus Zeh⁷⁵ und Hildigund Neubert⁷⁶ tätig. Edelbert

⁷⁴ Zu der Skeptischen Einstellung gegenüber den Chartisten nach 1989 siehe: Pauer, Jan: Die historische Bedeutung des „Prager Frühlings“ in: Agethen, Manfred/ Buchstab Günter (Hg): Oppositions- und Freiheitsbewegungen im früheren Ostblock, Freiburg in Breisgau 2003, S.130-169, hier S. 157-166.

⁷⁵ Zeh, Klaus (geb.1952), Studium der Informatik und Ingenieur Pädagogik, 1990 Promotion, 1985-1989 außerplanmäßiger Aspirant an der Akademie der Wissenschaften der DDR, 1990 Mitglied des Demokratischen Forums, stellvertretender Vorsitzender des Demokratischen Forums, Nach dessen Aufgehen in der CDU, Mitglied der CDU, seit 1990 Mitglied des Thüringer Landtages, 1990-1994 Finanzminister, seit 2003 Minister für Soziales, Familie und Gesundheit.

⁷⁶ Nubert, Hildigung (geb.1960), Studium des Gesangs in Weimar, Mitglied des Chors des Nationaltheaters in Weimar, Mitglied des Friedenskreises der Weimarer Evangelischen Studiengemeinde, Mitbegründerin des demokratischen Aufbruchs, 1996 Eintritt in die CDU, 1997-2003 Mitarbeiterin im Bürgerbüro e.V. zur Aufarbeitung der Folgeschäden der SED –Diktatur, seit 2003 Landesbeauftragte des Freistaates Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen deutschen demokratischen Republik.

Richter⁷⁷ hat sich der SPD angeschlossen. Das Bündnis 90, ein Wahlbündnis des Neuen Forums, der initiative Frieden und Menschenrechte und Demokratie zur Volkskammer im Januar 1990 schloss sich im Mai 1993 den bundesdeutschen Grünen an. Von den Kandidaten, die 1990 für das Bündnis 90 in den Bundestag eingezogenen sind, ist im Jahr 2005 nur noch Werner Schulz⁷⁸ als Abgeordneter tätig.

Schlussbetrachtungen

Ohne die äußeren Einflüsse wäre die Transformation⁷⁹ in den beiden Staaten nicht möglich gewesen. Zudem muss sie im Zusammenhang sowohl mit der damaligen Situation in der UdSSR wie auch der Transformation in den anderen mittelosteuropäischen Staaten gesehen werden.

Der Zusammenbruch des sozialistischen Systems bedeutete gleichzeitig den Machtverlust der kommunistischen Kader und damit ihrer gesellschaftlichen Stellung. Festzustellen ist, dass diese kommunistischen Eliten- zu einem ganz bestimmten Zeitpunkt- im Herbst 1989 in beiden Staaten nicht staaterhaltend

⁷⁷ Richter, Edelbert (geb.1943), Theologe, 1976 Promotion, seit 1977 Studentenpfarrer, 1987-1990 Dozent für Systematische Theologie und Philosophie in Erfurt, 1998 Mitbegründer des Demokratischen Aufbruchs, 1990 Eintritt in die SPD, Mitglied der Volkskammer vom 18.März bis 2.Okt. 1990, Mitglied des Bundestages vom 3. Oktober bis 20.Dezember 1990 und seit 1994, 1991-1994 Beobachter im Europäischen Parlament.

⁷⁸ Schulz, Werner(geb. 1950), Studium der Lebensmitteltechnologie, 1972 Diplom, Ab 1974 als wissenschaftlicher Assistent an der Humboldt-Universität in Berlin tätig, 1980 aus Protest gegen den Einmarsch der UdSSR Truppen in Afghanistan verzicht auf diese Stelle, 1982 Mitglied in Pankower Friedensforum, seit 1990 Bundestagsabgeordneter..

⁷⁹ Die Bestimmungsgründe für die Konsolidierung der Demokratien in den Transformationsländern werden in der Forschung unter verschiedenen Gesichtspunkten besprochen. Mit den völkerrechtlichen Aspekten beschäftigt sich Blumenwitz in: Blumenwitz, Dieter/ Gornik, Gilbert, Hrsg.: 'Fortschritte im Beitrittsprozeß der Staaten Ostmittel-Ost und Südosteuropas zur Europäischen Union'; Staats-und völkerrechtliche Abhandlungen der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht, Bd. 18. Köln 1999.

Auf die Bedeutung der Regionen geht Benzler ein in: Benzler, Susanne: 'Transformation als Dauerzustand ? Die Entwicklung der territorialen Selbstverwaltung in Polen', in: Bullmann, Udo Hrsg.: 'Die Politik der dritten Ebene; Regionen im Europa der Union', Baden- Baden 1994. S.310-328. Die Verwaltungsreform und ihr Einfluss auf die Demokratie wird von Hesse untersucht in: Hesse, Jens, Joachim : From Transformation to Modernization: Administrative Change in Central and Eastern Europe in : Hesse, Jens, Joachim /Toonen, A.J (Hg).: The European Yearbook of Comparative Government and Public Administration Vol.1/1994, S. 440-481. Das Institut für Europäische Politik hat seit der Antragstellung der mittelosteuropäischen Staaten auf Aufnahme in die Europäische Union diesen Prozess begleitet, siehe dazu z.B. Becker, Peter/ Lippert Barbara: Der struktuierte Dialog der Europäischen Union mit den Staaten Mittel- und Osteuropas, Bedeutung und Entwicklungsoptionen im Rahmen der Heranführung an den ersten Pfeiler, Institut für Europäische Politik, IEP-Berichte, Nr.1/1997.

Es geht aber auf jeden Fall um mehr als um die Schaffung von funktionsfähigen demokratischen Institutionen. Die politische Kultur als der demokratische Umgang der einzelnen politischen und gesellschaftlichen Akteure muss das Ziel sein.

agierten. Vielmehr überließen sie in diesem Zeitabschnitt das „politische Feld“ Menschen, die unpolitisch waren, den „Übergangseliten“. Diese wurden aber sowohl in der Deutschen Demokratischen Republik als auch in der Tschechoslowakei nur für eine Übergangszeit zu Akteuren. In dem Augenblick, in dem sich die politische und damit die gesellschaftliche Lage normalisierte, traten diese Akteure freiwillig zurück und überließen die politische Arbeit Personen, die in den neuen Parteien rekrutiert werden. Dieses Verhalten hat wohl in erster Linie damit zu tun, dass das Ziel der Betätigung dieser Akteure politische und gesellschaftliche Veränderungen in ihrem Staat waren und nicht das Hinwirken auf eine –möglichst langfristige - politische Karriere.

Mit und durch die Veränderungen in den mittelosteuropäischen Staaten und in den Neuen Ländern wird im Sinne des Vertrages über die Europäische Union ein neues Europa entstehen. Seit Mai 2004 sind die Tschechische Republik und die Slowakei Mitglied der Europäischen Union. Damit wurde das grundlegende Ziel der Europäischen Union, die „Verwirklichung einer immer engeren Union der Völker Europas“, ⁸⁰ weiter umgesetzt.

⁸⁰ Titel I, Artikel 1 des Vertrages von Nizza.